

Der Verbrecher **Sinnreich**, auch er ein getreuer Diener des Stein, war verantwortlich für die Wohnraumerfassung. Seine ergaunerten Profite zahlte er auf ein Westkonto ein. Einen größeren Betrag aus den einkassierten Mieten lieferte er nicht ab und versteckte das Geld zu Hause im Bett. Auch er bezog die Hetzpresse aus Westberlin und schrieb hetzerische Briefe, die in das westliche Ausland gingen.

Der Schädling **Rosenbaum** begünstigte Stein, vergebte volkseigene Mittel, unterhielt ein Konto in Westberlin und ist mitverantwortlich für die Desorganisation in der Gemeindeverwaltung während seiner Tätigkeit als Bürgermeister. Seine Auftraggeber waren nach Westberlin geflüchtete Feinde der Deutschen Demokratischen Republik; zu ihnen fuhr er — wie er in der Voruntersuchung aussagte — „des öfteren zu Rücksprachen“. Seine Arbeitszeit verbrauchte er für die Erledigung des Schriftverkehrs mit seinen Auftraggebern im westlichen Ausland und in Westdeutschland, d. h. für die Informationen, die er nach dort gab. Dafür ließ er aber die Beschwerden und Hinweise der werktätigen Bevölkerung gänzlich unbeachtet.

Die Angeklagten **Liebenow**, **Juhr**, **Pikarski** und **Beier** — Funktionäre der örtlichen Verwaltung — wußten von der Sabotage der kapitalistischen Makler und duldeten diese. Unterlagen für das Wohnungswesen, die Stein durch seine Kartei hatte, waren in der Gemeindeverwaltung nicht vorhanden. **Liebenow** sagte in der Voruntersuchung: „Ich war praktisch darauf angewiesen, welche Grundstücke mir die Häusermakler abtraten.“

Der Plan der Gemeinde lag unbesehen im Schreibtisch. Wirtschaftsverbrecher erhielten die Gewerbebewilligung. Beschwerden der Bevölkerung wurden nicht bearbeitet, die Haushalts- und Stellenpläne ständig überschritten, der Prämienfonds überzogen. Hierzu sagte **Liebenow**: „Ich gebe zu, daß innerhalb der Verwaltungsarbeit eine Luderwirtschaft und Schlamperei stattgefunden hat, die mit einer ordnungsgemäßen Arbeitsweise nichts mehr zu tun hat.“

Liebenow ermöglichte das Eindringen von Feinden in die Gemeinde. Der Verbrecher **Juhr** setzte als Nachfolger des **Liebenow** die Schlamperei, die zur Sabotage und schließlich ins Zuchthaus führte, fort. So ist **Juhr** für die Niederschlagung von 87 000 DM Grundstückssteuern für Grundstücke flüchtiger Feinde unserer Ordnung — die Grundstücke verwaltete Stein! — verantwortlich. **Juhr** sabotierte auch bewußt die Wohnraumerfassung und die Schulspeisung; er verhinderte nicht die Spekulationen des Profitmachers Stein, der im Jahre 1952 allein für die Grundstücksverwaltung 48 000 DM vereinnahmte. Die bewußte Schädlingstätigkeit des **Juhr** geht auch aus der Tatsache hervor, daß er duldete, daß **Beier** an 132 in Westberlin beschäftigte Personen, unter denen sich Angestellte der Westberliner Verwaltung befanden, ungesetzlich Lebensmittelzusatzkarten herausgab. Zu diesem Personenkreis gehörten auch ein Mitinhaber eines Westberliner Verlages und ein Ingenieur von Siemens & Halske mit — wie er auf seiner Arbeitsbescheinigung vermerkte — „geheimer Tätigkeit“!

Pikarski wußte, daß Stein nicht in allen Fällen für die Mieten Sperrkonten hatte errichten lassen, aber er duldete dies. Er unterschlug VVN-Beiträge und Spenden für die Volkssolidarität und hortete 70 kg Buntmetall. In seiner Wohnung wurden viele Westzeitungen gefunden.

Beier war verantwortlich für die Versorgung der Gemeinde und sabotierte diese seit Jahren. Durch das bewußte Beiseiteschaffen wichtiger statistischer Unterlagen und Rundschreiben versuchte er, die Kontrolle über den weiteren Wirtschaftsablauf in Kleinmachnow unmöglich zu machen. Hierzu sagt er wörtlich aus: „Ich wollte diese Unterlagen vernichten und meinem Nachfolger jede Möglichkeit nehmen, nach diesen Richtlinien eine konkrete Arbeit zu leisten.“

Die Verbrecher von Kleinmachnow — mit Ausnahme der Ehefrau des Stein — sind wegen Verbrechen nach SMAD-Befehl Nr. 160, Stein, Felsch, Sinnreich und Rosenbaum in Tateinheit mit Spekulationsverbrechen, **Liebenow**, **Juhr**, **Pikarski** und **Beier** in Tateinheit mit Wirtschaftsverbrechen angeklagt und verurteilt worden.

Das Ergebnis der Hauptverhandlung hat gezeigt, daß diese Bande von rücksichtslosen Egoisten und haltlosen

Karrieristen in Kleinmachnow ein Regime führte, das darauf abzielte, die Gesetze und Verordnungen der Deutschen Demokratischen Republik zu mißachten und zu sabotieren und damit die Maßnahmen unserer staatlichen Organe zu durchkreuzen. Sie alle handelten vorsätzlich und böswillig. Ihre Tätigkeit wurde bestimmt durch ihre Bindungen nach Westberlin, durch ihre feindliche Einstellung gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik. In der Anklageschrift heißt es hierzu:

„Die Beschuldigten sind gelehrige Schüler und Handlanger der imperialistischen Kriegstreiber. Schon der von ihnen betriebene Mietwucher an einfachen Leuten ist ein Stück dieser Handlangertätigkeit, er brachte die Menschen auf, machte sie unzufrieden und sollte sie den Einflüsterungen der Feinde des Volkes und der Kriegshetze zugänglich machen.“

Doch wer wollte daran zweifeln, daß die Beschuldigten nicht mehr getrieben haben als Mietwucher und Spekulation. Der Prozeß hat den Beweis erbracht, daß es keine wirtschaftlichen Dinge gibt, die ohne politische Auswirkungen bleiben, ja, er ist ein Musterbeispiel dafür, wie aus Schiebern und Spekulanten Feinde der Republik und des Friedens, Schädlinge und Saboteure werden. Der Spekulant Stein war gleichzeitig einer der übelsten Hetzer. So brachte er es fertig, einer Umsiedlerin, die sich um Wohnraum bewarb, zu erklären, sie solle doch nicht so drängen, denn sie wolle doch sicher wieder in ihre ehemalige Heimat zurück.

Die gleiche Gesinnung hatte auch **Beier**, in dessen Besitz sich das Jahrbuch „Pommern“ befand, das eine besonders üble Hetze gegen die Sowjetunion und gegen die Volksrepublik Polen enthält. So bedienten sich die Verbrecher von Kleinmachnow der unter dem Adenauer-Regime in Westdeutschland üblichen Methode, den Umsiedlern die Gleichberechtigung zu versagen, um sie für den neuen Weltkrieg des amerikanischen Imperialismus reif zu machen.

Aus dem Potsdamer Prozeß gilt es eine Reihe ernster Lehren zu ziehen. Dieser Prozeß unterstreicht erneut die Bedeutung der Mahnung, die das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in seiner Entschließung über die Lehren aus dem Slansky-Prozeß an alle fortschrittlichen Werktätigen richtete.

Die Sabotage-, Zersetzungs- und Schädlingstätigkeit der Kleinmachnower Verbrecher ist ein Ausdruck der Verschärfung des Klassenkampfes. Die Verschärfung des Klassenkampfes ist nicht nur eine Erscheinung in der Deutschen Demokratischen Republik, sondern eine gesetzmäßige Erscheinung in all den Ländern, die den Weg zum Sozialismus beschrritten haben. Dabei dürfen wir nicht übersehen, daß die Ursachen für die Verschärfung des Klassenkampfes sowohl in der inneren Entwicklung des Landes als auch in der weltpolitischen Lage zu suchen sind.

Stalin hat in seinem genialen Werk „ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ nachgewiesen, daß „auf ökonomischem Gebiet die Entdeckung und Anwendung eines neuen Gesetzes, d's die Interessen der überlebten Kräfte der Gesellschaft beeinträchtigt, auf den stärksten Widerstand dieser Kräfte“ stößt. Die alten, reaktionären Kräfte wehren sich mit allen Mitteln dagegen, daß die Werktätigen die Macht in die eigenen Hände nehmen und daß für sie selbst damit die Jagd nach den Maximalprofitten beendet ist.

Stalin hat aber auch nachgewiesen, daß der wachsende Widerstand der gestürzten Klassen keineswegs auf das Wachsen der Stärke dieser gestürzten Klassen zurückzuführen ist.

„Die untergehenden Klassen leisten nicht deshalb Widerstand, weil sie stärker geworden sind als wir, sondern weil der Sozialismus schneller wächst als sie und sie schwächer werden als wir. Und gerade deshalb, weil sie schwächer werden, wittern sie die letzten Tage ihres Daseins und sind gezwungen, mit allen Kräften, mit allen Mitteln Widerstand zu leisten.“⁽¹⁾

Der Potsdamer Prozeß war aber auch ein Musterbeispiel dafür, wie die gestürzten und überlebten inneren Kräfte der Reaktion immer neue Belebungen und neue ¹⁾

i) Stalin, Fragen des Leninismus, Berlin 1951, S. 282.